

Pränumerations-Preise:

Halbjährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Mit der Post:

Halbjährig	12 fl.
Halbjährig	6 „
Vierteljährig	3 „

Für Zustellung ins Haus monatl. 25 kr., monatl. 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

# Tagblatt.

Redaction

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition- & Inseraten-Bureau:

Congressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von Jg. v. Kleinmayer & Fed. Bamberg.)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeitung à 4 kr., bei wiederholter Einschaltung à 3 kr. Anzeigen bis 5 Zeilen 20 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt. Für complicirten Satz besondere Vergütung.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 108.

Freitag, 14. Mai 1875. — Morgen: Soffe.

8. Jahrgang.

## Das Privilegium der Südbahn.

„Studien zur Eisenbahnreform in Oesterreich“ betitelt sich eine beachtenswerthe Flugschrift, die so eben in Wien (Commissionsverlag von Ed. Hölzel) von Dr. B. R. erschienen ist. Mit Freimuth und Sachkenntnis bespricht der Verfasser diese Reform und stellt unter allen Linien des Reiches, insofern es sich um ihre Bedeutung handelt, in erste Reihe die Südbahn. Dieser Vorzug und die Wichtigkeit, welche die Südbahn insbesondere für Krain besitzt, werden es rechtfertigen, wenn wir den betreffenden Abschnitt der Schrift in seinen wesentlichen Zügen hier mittheilen.

„Nicht genug,“ schreibt der Verfasser, „daß man die südlichen Staatsbahnlilien, so werthvollen, so wichtigen Staatsbesitz, infolge elender Finanzwirthschaft um einen geradezu unbegreiflichen Wirthschaftspreis an Ausländer verschleuderte, mußte man, um nur den Abschluß zu ermöglichen und Geld zu bekommen, die Entwicklung des Eisenbahnwesens innerhalb des auf dem rechten Donauufer gelegenen österreichischen Gebietes, und damit natürlich auch die Entwicklung des österreichischen Seewesens, einer ausländischen Gesellschaft durch neunzig Jahre opfern und preisgeben.“

Ein solches Preisgeben des wichtigsten Staatsbesitzes ist unerhört und kann eben nur in der gänzlichen Zerrüttung der österreichischen finanziellen Verhältnisse seine Erklärung, nie aber seine Entschuldigung finden. Die in der Geschichte des österreichischen Eisenbahnwesens, welches wol die verschiedensten und merkwürdigsten Phasen durchzumachen hatte, wol einzig in ihrer Art stehenden Paragrafen 23, 24 und 25 der a. h. Concessionsurkunde vom 23. September 1858 beleuchten am grellsten die Oesterreichs Interessen so schwer gefährdenden Intentionen, welche die Concessionäre schon bei Abschluß des Geschäftes leiteten und welche von der ausländischen Gesellschaft, die in die Rechte und Pflichten der Concessionäre eingetreten ist, mit starrer Consequenz auch stets zum thatsächlichen Ausdruck gebracht wurden.

Zur Auffrischung des Gedächtnisses mögen die erwähnten Paragrafen der Concessionsurkunde hier Aufnahme finden. „§ 23. Den Concessionären wird (unter Vorbehalt der andern Eisenbahngesellschaften bereits ertheilten Concessionsrechte) die Zusicherung gegeben, daß in dem Falle, als innerhalb der auf dem rechten Donauufer gelegenen österreichischen Gebiete Zweig- oder Fortsetzungsbahnen der ihnen überlassenen, übertragenen oder der mit den übrigen vereinigten Eisenbahnen an dritte Personen concediert werden wollten, den Concessionären das Vorrecht zu lassen werde, insofern sie dieselben Bedingungen annehmen, unter welchen dritte Personen sich zum Bau und zum Betriebe einer solchen Bahn anbieten, und wenn sie sich binnen längstens vier Mo-

naten, nachdem ihnen die Bedingungen mitgetheilt worden, hiezu rechtsverbindlich erklären.“

§ 24. Nicht minder wird die Staatsverwaltung den Concessionären, insofern sie selbst die Anlage einer Eisenbahn innerhalb der in den vorhergehenden Paragraphen angegebenen Grenzen für angemessen erachten würde, die Concession zur Anlage und zum Betriebe einer solchen Bahn anbieten und den Bau nur dann auf Staatskosten ausführen, oder die Concession hiezu nur dann einem Dritten verleihen, wenn die Concessionäre das ihnen gemachte Anerbieten und bezüglich die Bedingungen desselben binnen vier Monaten nicht ausdrücklich annehmen. Es wird den Concessionären übrigens gestattet, mit Genehmigung der Staatsverwaltung auch andere Eisenbahnen mit ihrem Unternehmen ganz oder theilweise in Verbindung zu bringen.

§ 25. Das in den Paragraphen 23 und 24 verliehene Vorzugsrecht währt die ganze in dem § 3 angegebene Dauer der Concession hindurch. Es wird übrigens festgestellt, daß keine neue Bahn, deren Zweck es ist, zwei Punkte des den Concessionären überlassenen, übertragenen und von denselben übernommenen Eisenbahnwesens miteinander zu verbinden, während der Dauer der gegenwärtigen Concession weder concessionirt noch hergestellt werden solle, es sei denn, daß die projectirte Bahn nur außerhalb des inrede stehenden Reges liegende Punkte berühre, welche nach dem Ermessen der Staatsverwaltung von besonderer strategischer, politischer oder commercialer Wichtigkeit sind.“ (Forts. folgt.)

## Politische Rundschau.

Laibach, 14. Mai.

Zuland. Palacky veröffentlicht im „Botrok“ eine lange Schwähschrift über die Parteilspaltung unter den Tschechen. Die Schrift strotzt von Haß gegen die Deutschen, die Palacky als Erzfeinde des Slaventhums seit Jahrhunderten bezeichnet. Eher werde sich die Schlange auf dem Eise erwärmen, bevor Deutsche es den Tschechen gönnen. Die Jungtschechen seien vom Wiener Scheinliberalismus angesteckt. Schließlich ruft er pathetisch aus: „Wird das Reich weder den Willen noch die Macht besitzen, uns Tschechen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so werden wir in unserem Gewissen nicht verpflichtet sein, zu seiner Erhaltung beizutragen. Unsere Nation steht fest, nicht durch Oesterreich, sondern durch sich selbst!“

Palacky's neueste Kundgebung, die außerhalb Böhmens natürlich gar nicht ernst genommen und nur als ein unwürdiger Ausbruch der Wuth des alten Slavenführers über das Fehlschlagen aller seiner Anschläge gegen Oesterreich und das Deutschthum betrachtet wird, hat durch die leidenschaftlichen Ausfälle gegen die Jungtschechen frisches Del in das heftig genug lodernde Feuer des tschechischen Parteilhasses gegossen. Für die Jungtschechen ist es uner-

träglich, von dem abgedankten despotischen Patriarchen, dem sie längst den Gehorsam und den Respect gekündigt haben, sich gleich ungerathenen Jungen vor der ganzen Nation abkanzeln zu lassen und sie antworten deshalb in ihrem Blatte mit Repliken, die an Derbheit der väterlichen Strafpredigt nicht nachstehen. Es ist vorauszu sehen, daß Palacky in dem von ihm selbst heraufbeschworenen Streit um seine angemaßte und eifersüchtig festgehaltene Autorität Dinge zu hören bekommen wird, die das stärkste Gegentheil der ihm früher vom Volk bewiesenen übertriebenen Verehrung sein dürften.

Das Prager tschechische Jesuitenorgan signalisiert die bevorstehende Einwanderung der aus Deutschland ausgewiesenen Mönche und Nonnen, welche das Asylrecht in Oesterreich in Anspruch nehmen wollen. Das erwähnte Blättchen droht, daß der österreichische Clerus den „lang unterdrückten Kampf“ aufnehmen werde, der alle Provinzen verheeren müßte, wenn man es in Oesterreich wagen wollte, den im Nachbarreiche ausgewiesenen geistlichen Orden den Eintritt zu versagen.

Den neuesten Dispositionen zufolge wird in Fiume ein förmlicher ungarischer Minister-rath unter dem Vorsitze Sr. Majestät gehalten werden. Zu diesem Zwecke gaben sich Ministerpräsident B. Wenckheim, dann die Minister Szende und Simonyi nach Fiume. Auch der Entwurf der Thronrede wird dort Sr. Majestät zur Genehmigung unterbreitet werden. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. d. wurde der Entwurf, welcher der Regierung Generalvollmacht bezüglich der nothleidenden Bahnen ertheilt, bei namentlicher Abstimmung in der Generaldebatte angenommen. Bemerkenswerth ist, daß zum erstenmale Rechte und äußerste Linke vereint gegen die Regierung stimmten.

Ausland. Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich am 11. d. für die Pfingstferien vertagt, nachdem noch vorher der Gesetzentwurf über die Abschaffung der confessionellen Garantieklausel der Verfassung in wiederholter Lesung mit großer Majorität angenommen worden war. Damit hat die Kammer ihre Kulturarbeit für die laufende Session wol gethan und sie kann das Bewußtsein mit in die Ferien nehmen, daß sie der Regierung alle von dieser verlangten Nachmittels gegen den Ultramontanismus zur Disposition gestellt hat.

Der „Magdeburger Zeitung“ telegraphiert man aus Berlin: „Es ist unzweifelhaft, daß die „unklugen Hasi“, wie die „Times“ sich ausdrückt, mit der Frankreich seine Kriegsrüstungen betreibt, zu den ernstesten Erwägungen Veranlassung gibt. Man erinnert sich, daß Fürst Bismarck bereits Ende Jänner 1874 in einer gleichlautenden Instruction an die Vertreter Deutschlands bei den Großmächten erklärte, Deutschland wolle einen

dauernden Frieden; wenn es aber erst die Ueberzeugung gewonnen habe, daß ein neuer Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei, so werde es die Wahl des Zeitpunktes nicht Frankreich überlassen. Darauf beruhen auch die Enthüllungen der „Times“ über einen deutschen Offensivkrieg gegen Frankreich“. Das stimmt wieder wenig zu den sonstigen officiösen Abwiegungen.

Die französische Nationalversammlung hat am 11. d. ihre erste, ziemlich bedeutungslose Sitzung nach den Osterferien gehalten. Tags zuvor hielten die Abgeordneten der republikanischen Linken, welche sich bereits in Paris befinden, unter dem Vorsitze des Herrn Albert Grévy eine mehrstündige Berathung. Man constatirte allerseits die Befriedigung, mit welcher die am 25ten Februar votirte republikanische Verfassung überall in den Departements aufgenommen worden wäre, und ging dann zur Besprechung der Tagesfragen über. So beschäftigte man sich mit den Vorbereitungen der republikanischen Candidaturen für die Senatorenwahlen und mit der geschäftlichen Frage, ob die von dem Justizminister ausgearbeiteten Nachtragsgesetze zur Verfassung an den Dreißiger-Ausschuß oder an eine neue Commission verwiesen werden sollen. Im Princip schlen man das Letztere vorzuziehen, wollte aber noch keinen Beschluß fassen, ohne sich zuvor mit den übrigen Gruppen der Linken zu benehmen. Darüber war man einig, daß nur noch die allerunabweislichsten Gesetzentwürfe in dieser Session auf die Tagesordnung zugelassen werden sollen, damit die Auflösung der Kammer baldmöglichst erfolgen könne.

Ueber das von Dufauré vorbereitete Gesetz, betreffend die gegenseitigen Beziehungen der öffentlichen Gewalten, vernimmt der „Temps“ etwas näheres. Danach soll dieses Gesetz den Zeitpunkt für den Beginn der Kammeressionen und ihre Dauer feststellen; die letztere soll auf mindestens fünf Monate bemessen sein. Der Präsident der Republik soll die Kammer auf eine Frist von höchstens einem Monat vertagen dürfen; eine solche Vertagung darf jedoch nur einmal im Jahre eintreten. Das Recht des Veto des Präsidenten, welches dann eine zweite Lesung des angefochtenen Gesetzes nach sich zieht, soll beibehalten werden, wie es in dem Gesetze vom 13. März 1873 angeordnet ist.

## Vocal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Morgen wird das „Laibacher Tagblatt“ um 3 Uhr ausgegeben.

(360ste Landtagssitzung.) Beginn der Sitzung 11 Uhr 15 Minuten. Gegenwärtig der Landeshauptmann und 31 Abgeordnete. Als Regierungsvertreter Hofrath A. v. Widmann, dann Regierungsrath Hofschewar. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles der eifsten Sitzung erstattet Abg. Dr. Schrey namens des Finanzansschusses Bericht über das Präliminare des krain. Grundentlastungsfondes für das Jahr 1876. Das Gesamterforderniß beziffert sich auf 628,842 fl., die Bedeckung in gleicher Höhe. Letztere soll geschehen aus den Einnahmen von den Verpflichteten im Betrage von 88,917 fl., aus den Einnahmen vom Lande, d. i. den 20perz. Zuschlag zu den directen Steuern, welcher 206,000 fl. ergibt und dem 20perz. Zuschlag zu den indirecten Steuern, welcher 61,816 fl. 80 kr. ergibt, zusammen demnach 267,816 fl. 80 kr.; aus den Einnahmen vom Staate im Betrage von 274,113 fl. 20 kr.; endlich aus verschiedenen Einnahmen im Betrage von 3000 fl. Der Finanzansschuß hat sich bei seinen Verhandlungen die veränderte Situation vor Augen gehalten, die durch die Zurückziehung der Regierungsvorlage entstanden ist, obwohl er sich gestehen muß, daß die Hoffnung auf eine definitive Regelung der Grundentlastungsverhältnisse nun hinfällig geworden. Wenn nun das Uebereinkommen auf Grundlage der Regierungsvorschläge als undurchführbar erachtet werde, so bleibt dem Finanzansschusse nichts anderes übrig, als dem Hause zu rathe, es möge die Regelung selbständig aufnehmen. Er beantragt daher, Punkt 1 der Regierungsvorlage betreffs des Uebereinkommens zwischen der Staats-

verwaltung und dem Lande Krain habe zu lauten: Anstelle der bisher auf Grund der allerb. Entschliezung vom 12. November 1865 dem Grundentlastungsfonde für das Herzogthum Krain alljährlich angewiesenen Vorküsse wird vom 1. Jänner 1875 an bis einschließlich des Jahres 1895 eine nicht rückzahlbare Staatsubvention im jährlichen Betrage bis zu 200,000 fl. bewilligt und der Landesauschuß wird beauftragt, die möglichste Erhöhung der Jahresubvention anzustreben. Deschmann meint, der Landtag selbst möge ein Uebereinkommen mit der Regierung schließen, nicht den Landesauschuß damit beauftragen. Die Verantwortung treffe selbstverständlich im Falle der Ablehnung den Landtag. Bleiweis stellt den Abänderungsantrag, es habe in Punkt 1 statt bis zu 200,000 fl. zu lauten: doch von mindestens 200,000 fl. und diese Erhöhung sei vom Landesauschuße mit allen zugebote stehenden Mitteln anzustreben. Nach langwieriger, höchst unerquicklicher Debatte hierüber wird endlich zur Abstimmung geschritten. Punkt 1 sowie die übrigen Punctationen des Uebereinkommens werden in der Fassung des Finanzansschusses angenommen und seltamerweise auch der Zusatzantrag des Dr. Bleiweis für angenommen erklärt. Hierauf wird auch das Erforderniß und das Bedeckungspräliminare in der oben angegebenen Höhe vom Hause bewilligt, sowie der Landesauschuß ermächtigt, zur Deckung der Abgänge des krain. Grundentlastungs- und Landesfondes vom 1. Juli 1875 an zu den bereits genehmigten Zuschlägen von 10 Perz., und zwar 10 Perz. für den Grundentlastungsfond und 10 Perz. für den Landesfond einzuheden.

Es folgt der Bericht des Schulausschusses über die Gesetzentwürfe wegen Ablösung der auf Grund und Boden haftenden Giebigkeiten und Leistungen für Kirchen, geistliche Orden, Pfarren und deren Organe. Dr. Razlag als Berichterstatter empfiehlt die Annahme des Entwurfes als Grundlage für die Debatte. Abg. Kramarič ergreift in der Generaldebatte das Wort, hält eine heftige, von einem klericalen Souffleur ihm eingelernte Philippika gegen die Ablösung und stellt schließlich den Antrag, die Vorlage dem Landesauschuße zur Berathung zuzunweisen, welcher in der nächsten Session Bericht zu erstatten habe. Abg. Schaffer dagegen führt aus, daß der Gesetzentwurf den Wünschen der Bevölkerung entgegenkomme und empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Für Kramarič Antrag spricht auch zur nicht geringen Verwunderung des Hauses Dr. Zarnik, der doch seiner Zeit die Vorlage mit unterschrieben, heute aber sich zum Mundstücke der im Hause anwesenden weniger redebegabten Herren Pfarrer macht. Naturalgaben seien für den Landmann leichter als Geldgaben; überhaupt sei der krain. Bauer ungemein conservativ. Die Maßregel komme zu früh, sei überstürzt. Man möge also vorher noch eine Enquête einberufen, zu welcher Gemeindevorstände und andere Sachverständige beizuziehen. Abg. Langer spricht für den Ausschußantrag. Warum solle das Princip der Grundentlastung, das allseitig durchgeführt werde, gerade hier eine Ausnahme machen. Die noch bestehenden Pfarrcollecturen seien im Widerspruch mit dem Principe der allgemeinen Entlastung von Grund und Boden, Servituten u. s. w. Dieser Widerspruch müsse gehoben werden. Das Volk wünscht die Ablösung der Collecturen. Er versteht nicht, wie man sich auf eine Verschleppung einlassen könne. Welche Erhebungen sind denn noch zu pflegen? Liegt denn nicht alles klar vor? Diese und jene Giebigkeiten und Naturalleistungen haften noch auf dem Landmann und seien abzulösen. Der Modus sei in vorliegendem Gesetzentwurfe gegeben; was bedarf es noch einer Enquête? Auch der Bauer Laurencič feiert sein von den Klericalen ihm eingelerntes Sprüchlein herunter.

Dr. Schrey spricht seine Ueberraschung aus über Zarniks heutige Rede für den Vertagungsantrag. Gesehnen, als Zarnik als Landesauschußbeisitzer gewählt worden, habe er sich zu national-liberalen Prinzipien bekannt und betont, er werde stets für die Sache des Fortschrittes eintreten. Er habe demnach den Gesetzentwurf nur mit einem Vorbehalte unterschrieben und sein Streben gehe heute dahin, eben diesen Gesetzentwurf begraben zu helfen, indem er ihn an den Landesauschuß weist. Dr. Zarnik scheint die Tragweite des Gesetzentwurfes auch nicht zu kennen. Die Erfahrung lehre, daß bei Collecturen nicht jenes Maß eingehalten, sondern von den geistlichen Herren in der Regel größere Leistungen beansprucht werden, als rechtlich gestattet ist. Das vorliegende Gesetz bringt Ordnung und Klarheit

in das Rechtsverhältnis. Die Collecturpflichtigen müssen selbständig gemacht werden; darum sollte Zarnik das Zustandekommen eines Gesetzes von kultureller Bedeutung nicht zu verhindern suchen, sondern es vom liberalen Standpunkte aus unterstützen. Gesetze sind dazu, allgemeine Postulate des Fortschrittes und Zeitgeistes zu fördern, auch wenn sie im Widerspruche stehen mit der beschränkten Auffassung der Bevölkerung. Die Naturalien seien bei den ausgebildeten Verkehrsmitteln der Gegenwart leicht in Geld zu verwandeln und der Satz, daß Naturalgaben dem Bauer leichter werden als Geldgaben, durchaus nicht stichhältig. Es gilt endlich auch zuräumen mit den Ueberbleibseln eines Zustandes, der in das Mittelalter gemahne, darum in die sofortige Erledigung des Gesetzentwurfes einzugehen. Abg. Deschmann geht wie die gegen das Gesetz vorgebrachten Begründungen einander schnurgerade widersprechen. Abg. Kramarič habe sogar vom „Stremayr'schen Groschen“ gesprochen. Wie kommt nur solch ein terminus technicus in den Mund eines schlichten Landmannes? Man liest diesen Ausdruck wol in klericalen Blättern, vernimmt ihn in Pfarrhöfen. Es sei darum auch klar, von wem Kramarič das Liedchen, das er heute gepiffen, eingewerkelt worden. Darum müsse man diesen Abgeordneten auch die eingelernten Ungezogenheiten und Rohheiten nachsehen. Und dann welche Logik offenbart sich in seinen Auslassungen. Erst zieht er mit den giftigsten Invektiven gegen das Gesetz los, dann empfiehlt er es im nächsten Jahre zur Annahme! Erst verwahrt er sich hoch und theuer, daß es je zur Ausführung komme, dann plädiert er in einem Athem, nächstes Jahr soll es zustandekommen. Auch eine so geartete Logik wächst nicht im schlichten Kopfe eines Bauers. Zarnik debutirte wieder mit einem seiner unglücklichen Vergleiche. Er (Redner) habe, als er gestern von Naturalleistungen gesprochen, die dem Bauer leichter anlämen als Geldleistungen, Straßenbauten im Auge gehabt. Leistungen bei Straßenherstellungen seien das ganz anderer Natur, als Gaben in Wein oder Getreide. Bei ersteren handle es sich, ob der Bauer bequem zu Hause hocke oder seine physischen Kräfte anstrengt. Bei den Giebigkeiten, die meist in Wein oder Getreide bestehen, handle es sich darum, ob dieselben in natura oder in Geld zu leisten sind. Bei den ersteren tritt es bei der Indolenz der Landleute häufig ein, daß die Arbeiten im Stationenwege vergeben werden. Da werden Arbeiter, die höchstens 30 bis 40 kr. werth seien, mit 4 bis 5 fl. erhandelt. Zarnik kennt auch die Anschauungen des Landvolkes in bezug auf die Giebigkeiten nicht, obwohl er sagt, er habe viel mit dem Landvolke verkehrt. Freilich sei er in seiner Laborperiode viel in Contact gekommen mit den Bauern, aber über bäuerliche Verhältnisse scheint er damals nicht gesprochen zu haben. Die Gemeinden von Gottschee, sagt er, werden gegen die Ablösung protestieren. Er aber habe Beweise vom Gegentheil, selbst nach Wien in den Reichsrath seien ihm Petitionen zugekommen, für die Aufhebung der Giebigkeiten zu wirken.

Während die nationale Partei der Linken vorwerfe, zu kenne die Anschauungen der Bevölkerung nicht, stehe selbst in praktischen volkswirtschaftlichen Fragen völlig rathlos da und müsse sie in so klaren Dingen erst eine Enquête einberufen. Wer soll nun zu dieser Enquête berufen werden? etwa Kirchenpräpöste und Pfarrer. Ja da werde man die Wahrheit schwerlich erfahren. Ein anderer Abgeordneter (Horal) habe den guten Rath erteilt, statt die Giebigkeiten abzulösen, lieber Vorschußklassen zu gründen. Warum geht aber die Majorität nicht mit gutem Beispiele voran, warum lehrt man nicht das Landvolk, wie es seine Ersparnisse fruchtbringend verwerthen kann? Freilich verjuchten sich die Herren Pfarrer vor ein paar Jahren auch hiezu, aber in wenig glücklicher Weise. Man drängte den Bauer mit allen zugebote stehenden Ueberredungskünsten, seine sicher angelegten Ersparnisse zu kündigen und zur „höchsten Fructification“ in Actien einer bekannten nationalen Unternehmung anzulegen. Damals wäre es an der Zeit gewesen, dem Volke heilsame Lehren zu erteilen. Baron Apsaltem nennt es eine von der klericalen Majorität beliebte Methode, gegen den Schluß der Session mit unbequemen Gesetzentwürfen dadurch auszuräumen, daß man sie von der Tagesordnung absetzt und an den Landesauschuß weist und fragt: Was sind wir hier im Saale? Wer anders als die Enquête des Landes Krain in allen wirtschaftlichen Fragen. Ist das nicht der Fall, dann freilich müssen wir jenen Platz machen, welche befähigter sind und authentischer

Daten besitzen. Ich würde mich schämen, wenn ich nicht vollständig von allen Verhältnissen unterrichtet mit diesem Gesetzentwurf vor das Haus getreten wäre. Der Entwurf sei eingehend und aufs sorgfältigste durchberathen, also reif für die Beschlußfassung. Aber freilich in Krain werde das erwärmende und beleuchtende Element häufig verdunkelt. Hier wolle man auch in dieser Sache mittelalterliche Ausnahmiszustände. Viel besseres werde der Landesausschuß nicht zuwege bringen, wenn er auch zehn Enquêtes anordne. Das Verweisen eines Gegenstandes an den Landesausschuß sei in der Regel nicht gleich einer tilglichen Durchberathung und Würdigung, was aber das Gegenheil. Im Jahre 1868 sei daselbst mit einem Gesetzentwurf gegeben und heute sei derselbe noch nicht zum Vorschein gekommen! Darum sei er gegen die Vertagung. Bei der Abstimmung erhält der Antrag auf Verweisung an den Landesausschuß die Mehrheit der Stimmen. Da es mittlerweile 3 Uhr geworden, wird Abbruch der Sitzung und Fortsetzung derselben um 6 Uhr abends beschlossen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung kommt zuerst zur Verhandlung der Bericht des Schulausschusses zum Gesetzentwurf des Abg. Pleweis, betreffend den slovenischen Sprachunterricht an der laibacher Oberrealschule.

(An die Adresse des „Slov. Narod“.) Mit Bezug auf die in Nr. 107 des „Slovenski Narod“ von gestern erschienene Behauptung, daß der Leitartikel jenes Blattes vom Dienstag 11. Mai Herrn Reg. Secretär Dr. Ritter von Bestenich zum Verfasser habe, erkläre ich hiermit, daß dies durchaus nicht der Fall ist.

(Das Bestlegelschreiben) beim „goldenen Stern“ hat einen günstigen Verlauf. Bei der Aussicht auf die schönen werthvollen Beste und bei der vorzüglichen Restauration daselbst herrscht recht rege Schieflust. — Höchste Regelzahl 20.

(Ausflug.) Mehrere Mitglieder der Section Krain des deutschen und österreichischen Alpenvereines benutzten die beiden Pfingstfeiertage zu einem Ausfluge auf den Favornit und nach Idria. Die Abfahrt erfolgt, günstiges Wetter vorausgesetzt, Samstag Nachmittag mit der Südbahn bis Loitsch, von dort durch den Birnbaumwald (3 Stunden) nach Podkraj, wo übernachtet wird. Sonntag früh wird der Favornit erstiegen (2 Stunden). Der Abstieg erfolgt über Schwarzenbach nach Idria, wo man bequem bis Mittag eintreffen kann.

**Zur letzten Interpellation wegen der Handelskammerwahlen.**

(Schluß.) Die Beschuldigung, daß die Wahlcommission die Wählerlisten nach Entscheidung über die Reclamationen nicht richtig stellte, wie es § 10 der Wahlordnung verlangt, ist laut Protokoll vom 29. Dezember 1874 ebenso ungerechtfertigt. Der Wahlcommission wird desgleichen vorgeworfen, daß die Wahlauschreibung und die Zustellung der Stimmzettel in Laibach am 30. Dezember morgens „im Geheimen“ geschah. Die Wahlauschreibung für den Sten respektive 15. Jänner 1875 ward jedoch laut Protokoll schon in der Sitzung vom 12. Dezember 1874 in Gegenwart sämtlicher Commissionsmitglieder (also auch des Herrn B. C. Supan) beschlossen, die Legitimationskarten und Stimmzettel gedruckt und ausgefüllt etc. etc.

Zu einer vorhergehenden Publication, wann die Zustellung der Stimmzettel beginnen werde, hat sich bisher aber auch noch keine Wahlcommission in Oesterreich veranlaßt gesehen und es wurde auch noch keiner eine bezügliche Zumuthung gemacht. Was an den behaupteten incorrecen Vorhängen seitens der sogenannten Bezirksdiener wahres ist, wird die nach der Erklärung des Herrn Leiters der Landesregierung bereits seit Monaten eingeleitete gerichtliche Untersuchung darthun.

Die dem Vorsitzenden der Wahlcommission in den Mund gelegten Worte „svoje zmage sem gotov“ wurden einer Zeitungsnotiz entnommen; der Beweis der Wahrheit der letzteren wurde jedoch nie versucht, geschweige denn erbracht. Zur Beleuchtung jener Notiz sei nur erwähnt, daß der Wahlcommissionsrat an jenem Tage, an welchem er die er-

wähnte Aeußerung im Theater gethan haben sollte, gar nicht im Theater war. Der ebenfalls durch keinen Beweis illustrierte Anwurf, daß die Regierung die Gesetze mit Füßen trete, kann füglich übergangen werden; wird doch die Regierung von den Herren Interpellanten selbst einige Sätze später „unparteiische Beschützerin des Gesetzes“ genannt.

Mit der Annullierung der 1866ger Handelskammerwahlen verhält es sich auch nicht so, wie es die Herren Interpellanten angeben, denn der damalige Herr Handelsminister annullierte die Wahl nicht wegen eines geringen Formfehlers, sondern „wegen der vorgefallenen höchst bedauerlichen Wahlumtriebe.“ Dies geschah unter dem Ministerium Belcredi.

Die über die Proteste sprechende Stelle der Interpellation ist ebenso ungenau, wie es überhaupt der ganze Inhalt der Interpellation ist, denn es wurden der Wahlcommission nicht über 100, sondern wie es Sr. Excellenz der Herr Handelsminister schon bei der Interpellationsbeantwortung im h. Abgeordnetenhaus erklärte und wie es das Protokoll erweist, nur 80 Schriftstücke übergeben, die von mehreren Journalen und jetzt den Herren Interpellanten Proteste genannt werden; von diesen 80 Schriftstücken waren zwei von niemandem unterschrieben, 13 jedoch in duplo überbracht worden; letztere Duplicate waren nemlich aus Versehen mit dem Originale an die Wahlcommission statt an die Redaction des „Slovenski Narod“ gelangt, wie aus der auf den meisten derselben zu lesenden Ueberschrift: „Prepis za Slovenski Narod“ zu ersehen ist. Auch die geringe restierende Anzahl von 65 „Protesten“ trug nicht etwa eine große Menge Unterschriften und enthielt gute Begründungen, wie letzteres die Herren Interpellanten behaupten, denn 25 dieser Eingaben waren z. B. nichts anderes als von je einer Person (ohne daß dies sämtlich Wähler gewesen wären), gefertigte unmotivirte Abstimmungswiderrufe.

Es ist natürlich auch unrichtig, daß Sr. Excellenz der Herr Handelsminister 42 obiger „Proteste“ als gerechtfertigt erklärte; diese Erklärung dürfte bisher außer den Herren Interpellanten noch niemand aus der auf Seite 4774 der stenographischen Protokolle des Abgeordnetenhauses gedruckten Interpellationsbeantwortung herausgelesen haben.

Es wird daher niemanden erstaunen machen, wenn nach all' den erwähnten Unrichtigkeiten schließlich die Behauptung aufgestellt wird: in Krain gilt zweierlei Recht, eines für die Slovenen und ein anderes für die Verfassungstreuen, da die Beschwerden der letzteren 1866 Geltung erlangten, während die diesmaligen Beschwerden der Slovenen nicht berücksichtigt werden. Dem steht die Thatsache entgegen, daß gerade infolge dieser Beschwerden die gerichtlichen Untersuchungen eingeleitet wurden. Das Ergebnis der letzteren ist jedoch bis zur Stunde noch Amtsgeheimnis (wenn sich auch die Herren Interpellanten auf eine angebliche Bestätigung der Staatsanwaltschaft in Rudolfswerth berufen) und die Folge wird erst lehren, ob die Herren Interpellanten gut daran thaten, die „Proteste“ als nahezu einziges Beweismaterial ihrer Anschuldigungen vorzuführen.

So weit der Artikel. Wir widerstehen der Versuchung, bei diesem Anlaß wieder einmal die Kampfweise unserer Gegner zu characterisiren, weil wir überzeugt sind, daß die einfache Anführung der wirklichen Thatsachen gegenüber den horrenden Entstellungen der Interpellation mehr als alle Raisonnements geeignet ist, die ganze Nichtigkeit, Oberflächlichkeit und Berwerflichkeit ihres Treibens klar und unwiderleglich aufzudecken. Es ist eben immer die alte Geschichte: Keine sachlichen Einwendungen, sondern nur persönliche Invectiven; keine klaren, festen Grundsätze, sondern nur heuchlerische Phrasen; keine Beweise, sondern nur ebenso leer als unbegründet in die Welt geschleuderte Verdächtigungen.

**Eine besondere Beachtung**  
verdient die im heutigen Blatte befindliche Annonce des Hauses **S. Sacks & Co.** in Hamburg, das uns wegen prompter und aufmerksamer Bedienung seiner Interessenten aufs angelegentlichste empfohlen wird.

**Witterung.**  
Laibach, 14. Mai.  
Morgens Höhenluft, heiterer Tag, schwacher W. B. & r. m. e.: morgens 6 Uhr + 11.3°, nachmittags 2 Uhr + 23.7° C. (1874 + 15.6°; 1873 + 16.2° C.) Barometer im Fallen 736.56 Mm. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 14.9°, um 1.3° unter dem Normale.

**Verstorbene.**  
Den 13. Mai. Martin Novak, 72 Jahre, Civilspital, Erschöpfung der Kräfte. — Katharina Kapel, Zimmermalersgattin, 57 J., Civilspital, Enteritis chronica. — Martin Simcik, 21 J., Civilspital, infolge erlittener Verletzung.

Bei **J. Karinger**  
frisch angelangt:  
**Prinzessen-Wasser**  
von  
**A. Rennard in Paris**  
pr. Flacon 84 fr. (254) 6

Zum  
**Glücks-Versuche**  
durch ihre soliden und vortheilhaften Einrichtungen ganz besonders geeignet ist die vom Staate genehmigte und garantierte hampburger Geld-Verlosung  
**375,000 Reichsmark**  
oder **187,500 öst. Silbergulden**  
event. als Hauptgewinn  
sowie speciell Gewinne von Reichsmark 250,000  
— 125,000 — 80,000 — 60,000 — 50,000  
— 40,000 — 36,000 — 3 à 30,000 —  
24,000 — 2 à 20,000 — 18,000 — 8 à  
15,000 — 9 à 12,000 — 12 à 10,000 — 34 à  
6000 — 5 à 4800 — 40 à 4000 — 3 à 3600  
203 à 2400 — 5 à 1800 — 1500 — 412 à  
1200 — 512 à 600 — 597 à 300 etc. etc. bietet  
dieselbe in ihrer Gesamtheit und verdient schon  
deshalb den Vorzug vor vielen ähnlichen, weil  
**42,500 Lose**, d. i. weit über die Hälfte der Gesamtzahl, im Laufe der 7 Abtheilungen resp.  
innerhalb einiger Monate mit Gewinnen er-  
scheinen müssen.  
Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß der Staat sowohl die Ziehungen, die öffentlich stattfinden, beaufsichtigen läßt, als auch die Auszahlung der Gewinne garantiert, so daß den Interessenten die unbedingteste Sicherheit geboten, wie es bei keinem Privatunternehmen in gleicher Weise der Fall ist. (276) 6—6  
Zu der amtlich festgestellten ersten Ziehung kosten:  
**Ganze Original-Lose 6 Rmfr. oder fl. 3.50**  
**Halbe „ 3 „ „ 1.75**  
**Vierteil „ 1.5 „ „ 0.90**  
Gegen Einsendung des Betrages (in Banknoten und Postmarken oder mittelst Postanweisung) oder gegen Postvorschuß werden die mit dem Staatswappen versehenen Original-Lose von uns versandt und die amtlichen Pläne gratis beigelegt. Bei der Nähe der Ziehung ersuchen wir alle diejenigen, die diese günstige Gelegenheit zu einem soliden Glücksversuch wahrnehmen und Lose aus unserm vom Glück begünstigten Debit beziehen wollen, uns ihre geneigten Aufträge baldigst, jedenfalls aber vor dem  
**18. Mai d. J.**  
zugehen zu lassen und werden wir wie bisher bestrebt sein, das Vertrauen unserer Interessenten durch die aufmerksamste Bedienung zu rechtfertigen. Die amtlichen Gewinnlisten versenden wir unaufgefordert prompt nach der Ziehung und erfolgt die Auszahlung der Gewinne unter Staatsgarantie sofort nach Entscheidung.  
**S. Sacks & Co.**  
Staats-Effecten-Handlung in Hamburg.

**Telegramme.**

**Beglia, 13. Mai.** Der Kaiser erließ von Vissa aus ein Handschreiben an den Statthalter Rodich, besagend, daß die gesammte Bevölkerung Dalmatiens ihn ununterbrochen mit den glänzendsten, rührendsten Kundgebungen treuer Anhänglichkeit und echter, lothaler Gefinnungen begleitete. In jenem Augenblick, als er herzlich bewegt aus dem Lande und von jenem Punkte scheidet, an dessen Namen sich Erinnerungen knüpfen, welche jeden Dalmatiner mit gerechtem Stolge erfüllen, thut es dem Kaiserherzen wohl, warmer patriotischer Kundgebungen zu gedenken, hiefür seinen vollsten Dank, sein besonderes Wohlgefallen mit der Versicherung auszusprechen, daß dem Lande und der Bevölkerung seine väterliche Fürsorge und kaiserl. Huld fortan zugewendet bleiben wird. Statthalter Rodich erhielt das Großkreuz des Leopoldsbordens, General Jovanovic wurde in den Freiherrnstand erhoben.

**Rom, 13. Mai.** Der Papst, umgeben von 14 Cardinälen, mehreren Erzbischöfen, Bischöfen und Prälaten, empfing 600 deutsche Pilger, welche eine mehrere Bände bildende Adresse mit 1.200,000 Unterschriften deutscher Katholiken versehen überreichten.

**Angewandene Fremde.**

**Am 14. Mai.**  
**Hotel Stadt Wien.** Baron Kulmer, k. k. Oberfinanzrath; Jawobil, Zimmermann und Reich, Kaufleute; Essinger, Koppmann und Wagenfeil, Reisende, Wien. — Dar, Buchhändler, Triest. — Smola, Besizer, Untertraun. — Drach, Ingenieur, Sagor. — Dr. Rath und Steinmetz, Krainburg. — Baron Locatelli, Privatier, Görz.  
**Hotel Elefant.** Ambrozic, Beldes. — Schwab, Director; Kaiser und Danzer, Wien. — Potoznig, Triest. — Stare mit Frau, Mannsburg.  
**Hotel Europa.** Ruß, Triest. — Ritter v. Merkl-Heinsee, Generaldirector, Wien. — Riedl, Finanzrath.  
**Wobren.** Simoncic, Holzhändler, Lichtenwald. — Holst, Walschach. — S. und A. Madovsek, Grafnig. — Ruß, Musiker Untertraun.

**Gedentafel**

über die am 19. Mai 1875 stattfindenden Licitationen.  
 2. Feilb., Primc'sche Real., Jagdorf, BG. Laibach. — 3. Feilb., Gregu'sche Real., St. Michael, BG. Senofetsch. — 1. Feilb., Marinsel'sche Real., Senofetsch, BG. Senofetsch. — 2. Feilb., Zehel'sche Real., Untergamling, BG. Laibach. — 2. Feilb., Dowl'sche Stoder, BG. Laibach. — 2. Feilb., Zuda'sche Bestrecht, Dane, BG. Laas.

**Reich kann man werden.**  
 IV. Staats-Lotterie. Ein Los kostet nur fl. 2-50 u. B. und kann man damit fl. 70.000, fl. 25.000, fl. 5000 Papier-Rente gewinnen. Im Ganzen 5258 Treffer, durchgehends in barem Gelde und Obligationen! Ziehung am 15. Juni l. J. — Diese Lose sind zu beziehen durch die **Wochenscheube & Co., Graz, Sackstraße 4.** — Briefliche Bestellungen werden umgehend effectuirt. (297) 15-7

**Telegraphischer Coursbericht**

am 14. Mai.  
 Papier-Rente 69 80 — Silber-Rente 74 35 — 1860er Staats-Anleihen 111 10 — Banfactien 963. — Credit 292 50 London 111 60 — Silber 102 80 — k. k. Münzducaten 5 30. — 20-Francs Stücke 8 91 1/2. — 100 Reichsmark 54 55

**Dankfagung.**

Für die liebevolle Theilnahme während der langwierigen Krankheit, sowie für die zahlreiche Theilnahme am Leichenbegängnisse des Herrn

**Adalbert Urbas,**

geb. l. l. Vermessungs-Directors, Ritter des Franz Joseph-Ordens,

haben wir hiemit unseren herzlichsten Dank ab allen Freunden und Bekannten des theuren Verstorbenen.

Laibach, am 13. Mai 1875.

Die trauernden Verwandten.

**Firmungs-Pathengeschenke**

Schön, gut und billig

empfehle

**Niklas Rudholzer,**

Uhrmacher und Optiker, Sternallee Nr. 1

**„Zum Polarstern“**

(Judengasse)

**Oberlaibacher Märzen-Brot**

beste Qualität, frisch:

Krügelein 10 B. 7 B.

Ergebnisse

**Hippolyt Bilim**

**C. J. Hamann's**

**Wäsche- & Mode-Geschäft**

„zur Katze“ am Hauptplatz

empfehle sein grosses Lager von

**Herren-Hemden (eigenes Erzeugnis)**

welche in jeder gangbaren Grösse, Farbe und Qualität stets vorräthig sind, ferner

Es wird nur best passende und sorgfältigst gearbeitete Wäsche abgegeben.



Jene auswärtigen p. t. Kunden, die in Wäsche oder Cravatten Bedarf haben und diese in einer gewissen Façon ausgeführt wünschen, ersuche nach den im Tableaux vorkommenden Nr. anzugeben, wo dann, wenn nicht das gleiche doch ähnlichste gesandt wird.

das Neueste und Geschmackvollste in

**Herren- und Damen-Cravatten, Lavaliers, Krägen, Manschetten, Beinkleider, Gesundheitsjacken und Hosen, Socken und Strümpfe, Sommer-Handschuhe, Hemdeinsätze, Schwimmhosen etc. etc.,**

garantiert für guten Stoff wie solide Arbeit und versichert billigste und schnellste Bedienung.

Sollte es jedoch vorkommen, dass eine meiner p. t. Kunden unter Lagerwäsche in Façon oder Grösse nichts conveniendes findet, sollte, so diene, dass ich in der Lage bin, binnen wenigen Tagen gewünschtes genau nach Angabe anzufertigen.

Auch halte ich ein grosses Lager von **Hemdstoffen** aller Art, wie z. B. Shirting, Chiffon, Leinen, feinste farbige Percallin, Oxfordstoffe etc. und bin gerne bereit, Stoffmuster franco und gratis einzusenden.

Hochachtend

**C. J. Hamann.**

Für echte Farbe der Stoffe wird garantiert.